

«Durch die Digitalisierung hat eine Emanzipierung von Randgruppen stattgefunden»

Interview mit **Prof. Felix Stalder**
Von Valerie Zaslowski



Der Kultur- und Medienwissenschaftler Felix Stalder beschreibt, wie durch die Digitalisierung eine neue Infrastruktur für soziale Prozesse geschaffen werden konnte. Diese erlaubt marginalisierten Gruppen, ihre alternativen Lebenswelten gesellschaftlich breiter einzubringen. Die Solidarität hingegen droht durch die Digitalisierung zu erodieren. Dies zeigt sich auch im Gesundheitswesen.

Herr Stalder, wie hat die Digitalisierung die Gesellschaft verändert?

Die Digitalisierung hat eine neue Infrastruktur geschaffen, durch die Kommunikations- und Koordinationsprozesse neu organisiert werden. Eine der grundlegenden Eigenschaften der neuen Infrastruktur ist, dass sie grosse Informationsmengen prozessieren kann und dass sie dabei extrem flexibel ist. Die Neuorganisation der Prozesse war zuerst im klassischen Medienbereich ersichtlich, die Prozesse sind aber in jedem Aspekt des sozialen Lebens enthalten. Die Gesellschaft als Ganzes verändert sich.

Gibt es Bereiche, die vom digitalen Wandel nicht betroffen sind?

Vielleicht zeigt sich der Wandel im Privaten oder im Persönlichen weniger ausgeprägt. Doch auch die Bereiche, die sich nicht verändern, bekommen in einer veränderten Umwelt eine neue Bedeutung. Ich unterrichte zum Beispiel an der Zürcher Hochschule der Künste. Da kommen wir im Unterricht zwar auch heute noch zusammen, sind physisch anwesend. Doch die Präsenz hat eine andere Bedeutung bekommen. Denn: Die Kommunikationsprozesse laufen verteilter. So hat der Dozent früher Informationen von A nach B gebracht. Heute geht es nicht mehr darum, Informationen zusammenzubringen, die man im Netz genauso findet. Vielmehr sollen unterschiedliche Lebenserfahrungen in einen Austausch gebracht werden. Das Zusammensein muss demnach neu gedacht werden.

Sie schreiben in ihrem Buch „Kultur der Digitalität“, dass der heutige gesellschaftliche Wandel bereits vor der Digitalisierung eingesetzt hat. Wodurch wurde dieser denn ausgelöst?

Zwischen technologischer und gesellschaftlicher Entwicklung gibt es ein offenes Verhältnis; es ist nicht so, dass die Technik unsere Gesellschaft einseitig verändert, vielmehr entwickeln sich gesellschaftliche Ideen weiter. So hat sich am Rande der Gesellschaft etwas verändert: Beispielsweise sind Schwulen- und Lesbenbewegungen entstanden, weil die Menschen unzufrieden waren - und sind - mit der Art und Weise, wie sie in der Gesellschaft vorkommen. Es hat also quasi eine Emanzipierung von Randgruppen stattgefunden.

Und dadurch wurde die Notwendigkeit grösser, über einen Wertepluralismus zu reden?

Genau. Die klassischen Medien waren aber nicht bereit oder nicht fähig dazu. Die Tagesschau beispielsweise hat nur ein Zeitfenster von 20 Minuten zur Verfügung, und während dieser Zeit können nicht mehr als 10 Themen abgehandelt werden. Die marginalisierten Gruppen haben also realisiert, dass sie ihre eigenen Kanäle brauchen. Sie haben begonnen, spezialisierte Publikationsorgane zu gründen, durch die versucht wurde, andere Vorstellungen und Lebenskonzepte zu artikulieren und so Gegenöffentlichkeiten zu schaffen: Was heisst es, in dieser Gesellschaft zu leben? Und was kann getan werden, um anderen Arten des Liebens und Lebens Platz zu machen?

War es nicht schwierig, damit über Nischen hinauszukommen?

Doch, denn die richtige Infrastruktur hat lange gefehlt. Dies konnte erst durch die Digitalisierung nachgeholt werden.

Also konkret durch die sozialen Medien?

Ja, denn digitale Kommunikationsumgebungen können eine grössere Diversität von Positionen abbilden. Soziale Medien bieten uns Möglichkeiten der individuellen Meinungsäusserung beziehungsweise der massenhaften Selbstkommunikation. Jeder kann seinen eigenen Horizont mit seinen eigenen Wertvorstellungen aufbauen. In diesem Sinne befördert Digitalisierung die Individualisierung.

Durch die sozialen Medien kommen auch sogenannte „weak networks“ verstärkt vor – also im Vergleich zu familiären oder freundschaftlichen Beziehungen lose Verbindungen. Wird dadurch nicht auch die Solidarität zwischen Individuen gefördert?

Solidarität in einem politischen Sinn ist immer an „weak ties“ gebunden, während innerhalb einer Familie oder engen Freundschaften „strong ties“ bestehen. Doch diese innerfamiliäre oder innerfreundschaftliche Solidarität sagt wenig aus über die Solidarität in einer Gesellschaft. Insofern haben „weak ties“ einen positiven Einfluss auf Solidarität, ja. Das Problem ist aber, dass diese Verbindungen innerhalb von kommerziellen sozialen Massenmedien hergestellt werden, und die sind gerade nicht darauf ausgerichtet, die Menschen zusammen zu bringen, sondern zu verunsichern und in gegenseitige Konkurrenz zu bringen: Wer hat mehr Likes und Followers, wer hat die besseren Urlaubsbilder?

Ist der Fokus aufs Individuum auch der entscheidende Punkt, in dem sich der kulturelle Wandel, den wir gerade durchleben, von früheren unterscheidet?

Bis zu einem gewissen Grad kann man das sicher so sagen. Doch die klassische Idee von Individualisierung, wonach sich die Gesellschaft atomisiert, greift meiner Meinung nach zu kurz. Es handelt sich vielmehr um eine Doppelbewegung: Individualisierung findet immer statt im Verhältnis zu einer Gemeinschaftsbildung. Durch die Individualisierung – in Form von Selbstdarstellung oder durch die Betonung der Einzigartigkeit - kann noch so viel Differenz eingefügt werden, am Ende geht es immer auch um die Gemeinschaft. Man ist auf einen geteilten Kontext angewiesen, in welchem die Differenzierungsleistung überhaupt erst verstanden wird.

Und diese Gemeinschaft ist heute nicht mehr einfach gegeben?

Nein, die Gemeinschaft muss mitproduziert werden und ist gleichzeitig Voraussetzung, dass der Einzelne als positiv wahrgenommen werden kann. Die Doppelbewegung von Differenzierung und Vergemeinschaftung ist erst durch digitale Netzwerke passiert. Die neuen Kommunikationstechniken machten die Gleichzeitigkeit erst möglich. Die Digitalisierung führt demnach dazu, dass sich Menschen nicht mehr primär als Teil einer grossen Gruppe sehen, sondern individualisiert - als Teil einer Gemeinschaft mit Referenzrahmen.

Und das war früher anders?

Früher gab es weniger Kontext, in welchem überhaupt verschiedene Arten von Differenzierung artikuliert werden konnten. Die Leute waren anders sozialisiert. Sie sahen sich beispielsweise als Vertreter des Bauernstandes und weniger als der Bio-Bauer im Mittelland, der Pro-Specie-Rara-Produkte anbaut für den Export in Pariser Luxusrestaurants. Das ist eine andere Vorstellung davon, wer man ist. Die Gesellschaft ist viel kleinteiliger, differenzierter und fragmentierter geworden. Es ist nicht mehr selbstverständlich, wer dein Gegenüber ist, wer deine Ausprägung von Differenzierung schätzt. Heute wählen nicht mehr alle Bauern SVP, nur weil die Volkspartei nun mal ihre Standesvertretung ist. Auch für die Politik ist das eine Herausforderung geworden.

Ist es in einer solch individualisierten – und kleinteilig fragmentierten – Gesellschaft denn überhaupt noch möglich, Solidarität zu leben?

Innerhalb der sich ausdifferenzierenden Nischen ist die Erfahrung des Gemeinsamen - als Voraussetzung für Solidarität - durchaus möglich. Denn man braucht sich gegenseitig, um eine gemeinsame Welt zu bauen. Die Solidarität innerhalb der Nischen ergibt sich aus den sozialen Mikroprozessen denn auch automatisch, da muss man nicht viel machen. Es besteht aber die Gefahr, dass sich die Nischen untereinander immer fremder werden und weniger sehen, was sie noch gemeinsam haben. Die Frage ist demnach, ob es auch Momente gibt, wo die Solidarität darüber hinaus geht.

Und, was denken Sie? Gibt es solche Momente?

Historisch gesehen war die Verbesserung der Arbeitsbedingungen klar ein solcher Moment: Wenn ich in der Fabrik stehe, kann ich nicht sagen: „Ich brauche bessere Arbeitsbedingungen!“ Das muss gemeinschaftlich gemacht werden. Aber auch heutzutage gibt es in der direktdemokratischen Schweiz solche Momente: Beispielsweise muss man sich mit anderen zusammenschliessen, um Abstimmungen zu gewinnen. Dies kann nicht jeder Einzelne für sich alleine optimieren.

Was ist mit dem Gesundheitswesen, das auf dem Solidaritätsprinzip aufgebaut ist?

Natürlich darf auch der kollektive Schutz vor Schicksalsschlägen im Gesundheitswesen - noch - zu solch solidarischen Momenten gezählt werden. Niemand weiss, ob er oder sie eines Tages nicht selbst auf die Solidarität anderer angewiesen sein wird.

Werden diese Momente durch die Digitalisierung derzeit erodiert?

Digitalisierung erlaubt eine hohe Individualisierung, und der Markt arbeitet schon eine ganze Zeit lang an einer Nischendifferenzierung. Immer mehr wird auch in Bereiche eingegriffen, die noch nicht vollständig durch eine Marktlogik organisiert sind, wie eben das Gesundheitswesen. Dadurch, dass heute endlos Daten über die eigene Gesundheit gesammelt oder Genprofile erstellt werden können, verschwindet die Schicksalhafterkeit. Es wird versucht, Vorhersagen zu machen, damit das eigene Verhalten individuell optimiert werden kann. Es wird einem gesagt, wie hoch die Wahrscheinlichkeit ist, dass man Krebs bekommt - und entsprechend dem genetischen Make-Up kann oder soll man sich dann verhalten.

Was passiert, wenn die Schicksalhafterkeit nicht mehr vorhanden ist?

Das Solidaritätsprinzip im Gesundheitswesen basiert auf der Idee der Schicksalhafterkeit. Sobald Menschen aber ihr genetisches Make-Up und die Wahrscheinlichkeit, Krebs zu bekommen, bekannt ist, verlagert sich das Schicksal in ihren eigenen Einflussbereich. Dann ist es ihre individuelle Schuld, wenn sie nichts dagegen unternehmen. Das Schicksal kann bis zu einem gewissen Punkt gesteuert und demnach dürfte eine Steuerung auch mehr zur allgemeinen Forderung werden. Je mehr man das Schicksal also auf einen Einzelnen herunterbrechen kann, desto mehr liegt es im Gestaltungsrahmen des Einzelnen. Oder aber: Wer seine Gesundheit für sich alleine voraussehen und optimieren kann, braucht die anderen nicht mehr. Dies führt unweigerlich zu einer Entsolidarisierung. Das Solidaritätsprinzip könnte also beginnen, sich aufzulösen, wenn wir nichts mehr gemeinsam haben.

Wird eine Entsolidarisierung im Gesundheitswesen wahrscheinlich?

Ich habe die Befürchtung, dass das Gesundheitswesen bald kein Ort mehr sein wird, an dem Solidarität für wichtig erachtet wird. Ich bezeichne diese Entsolidarisierung als gesellschaftlichen Fehler, denn diese Versprechen der Individualisierung sind zwar ökonomisch lukrativ, aber nicht einlösbar. Das Schicksal ist nicht beherrschbar, auch nicht durch die Digitalisierung. Das ist eine Illusion - gerade im Gesundheitswesen. Man ist nun mal eingebettet in

einen grösseren Zusammenhang, den man nicht steuern kann, nur sehen wir das immer weniger.

Und Sie bleiben dennoch optimistisch?

Ich bin überzeugt, dass weitere Momente kommen werden, in denen man erfährt, dass das eigene Schicksal nicht zu trennen ist vom Schicksal der anderen. Der Klimawandel könnte so ein neuer Moment sein. Es bringt nichts, mit dem Autofahren aufzuhören, ein klimaneutrales Leben zu führen, wenn die Gesellschaft nicht mitzieht. Der Klimawandel kann nicht über ein individuelles Bewusstsein, sondern muss durch die Politik gelöst werden, sowohl auf nationaler wie auf internationaler Ebene: Es muss gemeinsam über Städtewachstum in der Agglomeration nachgedacht werden, darüber, wie die Landwirtschaft organisiert wird. Derartige Momente, in denen sich die Nischen aufs Gleiche organisieren, werden auch in Zukunft wichtig bleiben.



Felix Stalder ist Professor für Digitale Kultur und Theorien der Vernetzung an der Zürcher Hochschule der Künste und Vorstandsmitglied des World Information Institutes in Wien. Er beschäftigt sich mit dem Wechselverhältnis von Gesellschaft, Kultur und Technologien, und forscht u.a. zu Netzkultur, Urheberrecht, Commons, Privatsphäre, Kontrollgesellschaft und Subjektivität.